

Verordnung

des Stadtkreises Baden-Baden über die Erklärung einer Fläche entlang des **Ooskanals** zum Überschwemmungsgebiet.

Aufgrund von § 79 und § 110 Abs. 1 des Wassergesetzes für Baden-Württemberg (WG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Januar 1999 (GBl. S. 1) in Verbindung mit § 32 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. November 1996 (BGBl. I. S. 1695) wird verordnet:

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

- (1) Zur Regelung des Wasserabflusses und zur Erhaltung der bei Hochwasser überschwemmten Flächen wird das nachfolgend genannte Gebiet entlang des Ooskanals zum Überschwemmungsgebiet erklärt:

In der Stadt Baden-Baden

im Ortsteil Oos

auf dem Flurstück Nr. 4185

- (2) Das Überschwemmungsgebiet hat eine Größe von rd. 0,6 ha. Die westliche Begrenzung läuft vom Kühunterdeichwehr entlang des Ooskanals parallel zur Oostalstraße und Schwarzwaldstraße bis zur Blutbrücke. Im Norden bildet von der Blutbrücke bis zum Oosbach der ehemalige Bahndamm die Grenze, im Osten wird das Gebiet durch den parallel zum Oosbach verlaufenden Fußweg begrenzt.
- (3) Die Grenzen des Überschwemmungsgebietes sind in einer Übersichtskarte im Maßstab 1:25.000 und einer Detailkarte im Maßstab 1:2000 mit einem schwarzen Strich und einem innenliegenden blauen Farbsaum eingetragen.

- (4) Die Überschwemmungskarten sind Bestandteil dieser Verordnung.

Die Verordnung mit Überschwemmungskarten liegt bei der Stadt Baden-Baden, Umweltamt, Briegelackerstraße 8, 76532 Baden-Baden, zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Sprechzeiten öffentlich aus.

§ 2

Verbote

- (1) In dem Überschwemmungsgebiet ist das Umbrechen von Dauergrünland in Ackerland verboten.
- (2) Die zuständige Wasserbehörde kann von dem Verbot des Absatzes 1 im Einzelfall Ausnahmen zulassen, wenn dadurch der schadlose Abfluß des Hochwassers nicht beeinträchtigt wird und keine nachweisbare Bodenerosion stattfindet.

§ 3

Genehmigungspflichtige Tatbestände

- (1) In dem Überschwemmungsgebiet bedürfen einer Genehmigung:
1. Erhöhungen oder Vertiefungen der Erdoberfläche,
 2. die Herstellung, Beseitigung oder wesentliche Umgestaltung von Bauten, Einfriedungen oder sonstigen Anlagen,
 3. das Anlegen oder Beseitigen von Baum- oder Strauchpflanzungen,
 4. das Lagern von Stoffen

5. die Entnahme von Bodenbestandteilen; unberührt bleibt die Entnahme landwirtschaftlicher, forstwirtschaftlicher und gartenbaulicher Erzeugnisse.
- (2) Keiner Genehmigung bedürfen Maßnahmen, die einer wasserrechtlichen Bewilligung, Erlaubnis, sonstigen Genehmigungen oder Planfeststellungen aufgrund des Wasserhaushaltsgesetzes oder des Wassergesetzes bedürfen oder der Gewässerunterhaltung dienen.

§ 4

Einzelfallanordnung

Die zuständige Wasserbehörde kann im Einzelfall anordnen, dass der Eigentümer oder der Nutzungsberechtigte eines Grundstücks

1. Gegenstände, die den Wasserabfluß hindern können, beseitigt oder deren Beseitigung duldet,
2. Vertiefungen auffüllt oder deren Auffüllung duldet,
3. Auflandungen verhütet oder beseitigt und Abtragungen verhütet oder auffüllt, oder diese Maßnahmen duldet,
4. unter Verstoß gegen diese Bestimmungen in Ackerland umgebrochenes Dauergrünland wieder in Dauergrünland umwandelt.

§ 5

Ordnungswidrigkeiten

ordnungswidrig im Sinne von § 120 Abs. 1 Nr. 19 WG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. einem Verbot nach S 2 Abs. 1 oder Einzelanordnungen nach S 4 dieser Verordnung zuwiderhandelt
2. Maßnahmen ohne die erforderliche Genehmigung nach § 3 dieser Verordnung durchführt oder die mit der Genehmigung verbundenen Bedingungen oder Auflagen nicht erfüllt.

§ 6

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach Ihrer Verkündung in Kraft.

Baden-Baden, den .09.08.2000

Stadtverwaltung Baden-Baden

- Umweltamt -

990608.07/UA1F03.TXT

Dr. Sigrun Lang

Oberbürgermeisterin